
Für das Mitteilungsblatt am 28.05.2021

Bericht aus der Arbeit des Gemeinderats am 27.04.2021

EnBW vernetzt – Beteiligung an der Netze BW

Zu diesem Thema waren von der Netze BW Herr Lorey und Herr Speiser zu Gast und stellten das Projekt dem Gremium vor. Die EnBW bietet Gemeinden an, sich finanziell am Verteilnetz zu beteiligen. Dazu bietet die EnBW Gemeinden einen Anteil an der "Kommunalen Beteiligungsgesellschaft Netze BW GmbH & Co. KG" an, die die kommunalen Anteile bündeln soll. Die Beteiligungsgesellschaft hält die oben genannten Anteile von maximal 24,9% an der Netze BW. Es handelt sich also um eine mittelbare Beteiligung. Voraussetzung der Beteiligung ist, dass die Netze BW zum 01.07.2018 zugleich Eigentümerin und Betreiberin des örtlichen Strom- und/oder Gasverteilnetzes ist. Die Gemeinde Pfalzgrafenweiler erfüllt diese Voraussetzungen. Kommunen haben die Möglichkeit, die Höhe ihrer Beteiligung individuell zu gestalten. Die maximale Beteiligungshöhe einer Kommune wird über einen Verteilungsschlüssel ermittelt und liegt bei der Gemeinde Pfalzgrafenweiler bei ca. 2,9 Mio. €. Die Haltefrist der erworbenen Anteile beläuft sich bei Eintritt zum 01.07.2021 auf mindestens 4 Jahre. Danach steht es der Kommune frei alle fünf Jahre zu entscheiden, ob sie weiterhin an der BG beteiligt bleibt, ihre Beteiligung aufstockt oder die Beteiligung durch Kündigung beendet und ihren Kommanditanteil an der BG zurückübereignet. Bei Beteiligung an der "Kommunalen Beteiligungsgesellschaft Netze BW GmbH & Co. KG" erhält die Gemeinde eine feste Ausgleichszahlung von bereinigten 2,9 Prozent. Für die Beteiligung müssten in den Eigenbetrieben Darlehen in Höhe von ca. 100.000 € aufgenommen werden. Die aktuelle Zinslage lässt dies zu, sodass immer noch eine höhere Rendite entgegensteht. Ein aus der Mitte des Gremiums gestellter Antrag, sich mit max. 1,5 Mio. € zu beteiligen wurde abgelehnt. Dem von der Verwaltung vorgeschlagene Beschluss, sich mit 2,9 Mio. € zu beteiligen, sowie ein Darlehen für die Eigenbetriebe aufzunehmen wurde bei 5 Gegenstimmen zugestimmt.

Vergabe Tiefbauarbeiten Böisinger Straße und Stichweg Gottlieb-Henssler-Straße

In der Böisinger Straße muss der Kanal saniert werden. Hierfür hat die Gemeinde einen Zuschuss aus der Abwasserwirtschaft erhalten in Höhe von 80 % der Kosten, die auf den Kanal entfallen. Parallel soll eine Deckensanierung erfolgen.

Weiterhin soll der Kanal im Stichweg der Gottlieb-Henssler-Straße verlegt werden. Die Maßnahme wurde bereits im Jahr 2018 ausgeschrieben und aufgrund zu hoher Preise aufgehoben. Aufgrund der hohen Preise für die Kleinmaßnahme entschied man sich dazu, diese gemeinsam mit der Böisinger Straße auszuschreiben, um bessere Preise zu erzielen. Im Stichweg muss der Kanal in die öffentliche Straße verlegt werden, da dieser bislang auf Privatgrund verläuft.

Die Tiefbauarbeiten wurden öffentlich ausgeschrieben. Das Angebot der Fa. Rath liegt bei 463.888,97 € und ist damit am günstigsten. Die Kosten verteilen sich auf die Haushaltsstellen Kanal und Straßenbau. Inklusive Nebenkosten (ca. 10 %) liegen die Gesamtkosten bei 510.278,06 €.

Die der Ausschreibung zugrundeliegende Kostenberechnung vom 20.03.2020 (ohne Nebenkosten) liegt bei 630.700 € und wird daher um 36 % unterschritten. Die Kostenabweichung von der Kostenschätzung ergibt sich aus gesunkenen Preisen im Tiefbau seit dem vergangenen Jahr. Die Kostenschätzung basiert auf einer vergleichbaren Maßnahme aus dem Vorjahr. Der Vergabe an die Fa. Rath wurde bei einer Enthaltung zugestimmt.

Planung Carport E-Mobilität und Warenautomaten

Im Sanierungsausschuss sowie im Gemeinderat wurde bereits der Standort und die Ausstattung der WC-Anlage, welche im vergangenen Jahr errichtet wurde, behandelt und beschlossen. In diesem Zuge wurde auch die weitere Planung für den Carport des Dienstfahrzeugs mit Ladestation, sowie E-Bike-Stationen und die Warenautomaten beraten.

Im Gemeinderat wurde im Rahmen der Beschlussfassung der WC-Anlage jedoch angeregt, den Carport nochmals umzugestalten und die Zufahrtsmöglichkeit nicht von der Kreisstraße aus, sondern von der Zufahrt zum Schwimmbadparkplatz anzulegen, zwecks einer besseren Übersicht.

In der Planung wurde dies von Architekt Röttgen dargestellt. Der Carport mit Ladestation für das Dienstfahrzeug der Gemeinde, welches zwischenzeitlich bereits in Nutzung ist und vorrübergehend auf dem Sporthallenparkplatz geladen wird, wird nicht von der Kreisstraße aus angefahren. Die Zufahrt erfolgt über die Zufahrt zum Schwimmbadparkplatz.

Die WC-Anlage sowie die weiteren nun geplanten Anlagen sollen durch eine Gabione voneinander räumlich und optisch getrennt werden. Auch entlang des Gehwegs zur Burgstraße soll eine Abgrenzung durch eine Gabione erfolgen, sodass eine Zugänglichkeit nur von der Schwimmbadzufahrt gegeben ist und mögliche Konflikte im Gehweg- und Kreisstraßenbereich vermieden werden. Auch die Zugänglichkeit für die Fahrradboxen mit Lademöglichkeit soll von dieser Zufahrt erfolgen.

Die Fahrradboxen sowie die Warenautomaten vom Heuwasen Hof Braun, welche derzeit vorrübergehend am ehemaligen Spar-Areal untergebracht sind, sollen unter einem gemeinsamen Dach untergebracht werden. Auch dies war eine Anregung aus dem Sanierungsausschuss.

Weiterhin sind in der Planung 4 Fahrradboxen vorgesehen. Für die Maßnahme sind im Haushaltsplan insgesamt 101.000 € eingestellt. Dabei ist eine PV-Anlage mit vorgesehen gewesen. Es wird jedoch angeregt, die Überdachungen ohne PV-Anlage zu errichten, da am vorgesehenen Standort eine Wirtschaftlichkeit aufgrund geringen Ertrags schwer darzustellen ist.

Die Kosten für die Gesamtmaßnahme (Pflasterung der kompletten Fläche, Carport mit Ladesäule, Überdachung für Warenautomaten und Fahrradboxen, 4 Fahrradboxen mit Lademöglichkeit, Gabione, Elektroanschlüsse) belaufen sich nach Kostenschätzung ohne zusätzlicher PV-Anlage und Batteriespeicher auf 74.097,72 €.

Es soll nun der Bauantrag eingereicht und die Ausschreibung vorgenommen werden. Herr Röttgen wird mit der Einreichung des Bauantrags und der Bauleitung

beauftragt. Der Gemeinderat hat dem Baubeschluss und der Einreichung des Bauantrages bei einer Gegenstimme zugestimmt.

Aufhebung Ausschreibungsverfahren PV-Dachanlage Bauhof

Die Gemeinde Pfalzgrafenweiler ist bestrebt, einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz beizutragen. Aus diesem Grund hat Sie auch die Teilnahme am European Energy Award beschlossen, mit welchem die Gemeinde 2019 ausgezeichnet wurde. Um eine stetige Verbesserung der Umweltbilanz zu erreichen, hat sich der Gemeinderat entschieden, weitere kommunale Einrichtungen mit umweltfreundlichen Energien (im Bereich Strom- und Wärmeversorgung) zu versorgen. In diesem Zusammenhang wurde bereits eine PV-Dachanlage zur Eigenstromversorgung mit Überschusseinspeisung auf dem Neubau der Feuerwehr im Jahr 2020 realisiert.

Im vom Gemeinderat genehmigten Haushalt 2021 ist vorgesehen, dass beim kommunalen Bauhofverwaltungsgebäude und dessen Fahrzeughalle eine Teilbelegung der begünstigten Dachflächen mit einer Photovoltaikanlage nach der geplanten notwendigen Dachsanierung vorgenommen werden soll.

Die Maßnahme wurde im Bezug der geltenden VOB 2019 im beschränkten Ausschreibungsverfahren ausgeschrieben. Hierbei forderte die Gemeindeverwaltung 5 mögliche qualifizierte Firmen zur Angebotsabgabe auf. Die Ausführung war für den Zeitraum Juli-August 2021 vorgesehen. Bei der, am 13.04.2020 stattgefundenen Submission, konnte kein Angebotseingang dokumentiert werden. Das durchgeführte Ausschreibungsverfahren kann somit, nach den Vorgaben der VOB, nicht gewertet werden und ist entsprechend aufzuheben. Der Gemeinderat hat der Aufhebung der Ausschreibung sowie der erneuten Ausschreibung zu einem späteren Ausführungszeitraum einstimmig zugestimmt.

Aufhebung Ausschreibungsverfahren Dachsanierungs- und Gerüstbaurbeiten Bauhof

Im vom Gemeinderat genehmigten Haushalt 2021 ist vorgesehen, dass beim kommunalen Bauhofverwaltungsgebäude das vorhandene Satteldach und die Fassadenflächen saniert werden.

Die Maßnahme wurde im Bezug der geltenden VOB 2019 im beschränkten Ausschreibungsverfahren ausgeschrieben. Hierbei forderte die Gemeindeverwaltung 7 mögliche qualifizierte Firmen zur Angebotsabgabe auf. Die Ausführung war für den Zeitraum Juni-Juli 2021 vorgesehen, da im Anschluss noch notwendige Maler- und PV-Installationsarbeiten durchzuführen sind. Bei der am 13.04.2020 stattgefundenen Submission konnte kein Angebotseingang dokumentiert werden. Das durchgeführte Ausschreibungsverfahren kann somit, nach den Vorgaben der VOB, nicht gewertet werden und ist entsprechend aufzuheben. Der Gemeinderat hat der Aufhebung der Ausschreibung sowie der erneuten Ausschreibung zu einem späteren Ausführungszeitraum Einstimmig zugestimmt.

Aufhebung Ausschreibungsverfahren Dachsanierungs- und Gerüstbaurbeiten Bauhof

Schreiben Bundestagsabgeordnete Saskia Esken:

Herr Bürgermeister Bischoff teilte dem Gremium mit, dass man von der Bundestagsabgeordneten Saskia Esken ein Dankeschreiben erhalten habe. Sie gratuliere der Gemeinde zum Erhalt des Zertifikats über die Einsparung von Treibhausgasemissionen, welches die Gemeinde durch die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED erhalten habe.

Absetzgelände KSK in Haiterbach:

Bezüglich des Absetzgeländes der KSK in Haiterbach konnte Herr Bürgermeister Bischoff mit seinem Amtskollegen in Haiterbach sprechen. Aktuell gäbe es wohl keinen Zeitplan für die Errichtung des Absetzgeländes. Aktuell wird anscheinend die Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. Weitere Informationen werden nach der Erstellung der Prüfung erwartet.

POP-Süd:

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde die Anfrage gestellt, weshalb der POP-Süd noch immer ohne Signal sei. Die Schule benötige den Breitbandanschluss dringend.

Herr Kaup teilt mit, dass der POP-Süd mit Glasfaser über den POP-Nord versorgt werde. Auch Hausanschlüsse sind bereits auf dem POP-Süd aufgeschaltet. Um den POP-Süd vollständig ans Netz zu bekommen, stehe die Telsakom bereits in Kontakt mit der Sparkassen IT. Aufgrund des schleppenden Backbone-Ausbaus sei man hier auf eine Zuleitung von Außerhalb angewiesen.

Energie- und Treibhausgasbilanz der Gemeinde Pfalzgrafenweiler

Die Gemeinde Pfalzgrafenweiler hat im Rahmen ihres eea-Prozesses bereits zum zweiten Mal eine CO₂-Bilanz für die Gesamtgemeinde durch die Energieagentur in Horb aufstellen lassen. Die CO₂-Bilanz wird alle 4 Jahre aufgestellt. Das Bezugsjahr für die Bilanz stellt das Jahr 2017 dar, da für die Folgejahre nicht alle erforderlichen Daten bereit stehen.

Die Bilanz kann auf der Homepage der Gemeinde Pfalzgrafenweiler eingesehen werden.

Die Aufstellung der CO₂-Bilanz wird durch das Land im Förderprogramm Klimaschutz Plus bezuschusst.

Hinweis: Das Protokoll zu dieser Sitzung kann nach der Fertigstellung zu den üblichen Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung bei Frau Hauser (Zimmer Nr. 11) eingesehen werden.